

Fachleute uneins über Cannabis

Der Vorstoß der Tiroler SPÖ, Cannabis zu legalisieren, entzweit: Legalisierung statt Kriminalisierung auf der einen Seite, medizinische Bedenken auf der anderen.



Gerhard Jäger



Wolfgang Fleischhacker

Das Rauchen von Cannabis ist längst gesellschaftliche Realität. Cannabiskonsum ist schädlich für die Gesundheit und kann zur Abhängigkeit führen. Gesundheitsrisiko und Suchtpotenzial sind jedoch wesentlich geringer als beim Konsum der legalen Substanzen Alkohol und Nikotin. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die meisten Konsumenten verantwortungsvoll mit Cannabis umgehen, sie kein Suchtverhalten entwickeln und Ausbildung, Beruf und Familienleben problemlos bewältigen. Für die Suchthilfe gilt es jene Personen zu erreichen, die einen problematischen Konsum aufweisen und Hilfe benötigen! Das Strafrecht ist dafür nicht geeignet. Vielmehr sollten Prävention, Information und Stärkung des Risikobewusstseins im Vordergrund stehen. Dieser Weg wurde vor 12 Jahren in Portugal eingeschlagen und dort hat die Entkriminalisierung zu einem

PRO

signifikanten Rückgang des Suchtmittelkonsums bei der kritischen Zielgruppe der 13- bis 18-Jährigen geführt, während sich die Anzahl der Personen, die sich in Therapie begaben, verdoppelte.

Die österreichische Praxis bedeutet dagegen eine enorme Ressourcenverschwendung im Bereich der Polizei, der Justiz und der Hilfseinrichtungen. Zahlreiche Statistiken und unsere Erfahrungen in der Suchthilfe belegen, dass die Verbotspolitik in Bezug auf Cannabis ihre Ziele klar verfehlt hat. Legalisierung bedeutet nicht, dass es keine Regeln gibt! Es braucht staatlich lizenzierte Abgabestellen, eine Altersbeschränkung und ein striktes Werbeverbot. Die Androhung von Haftstrafen für alle, die schon einmal einen Joint in der Hand hatten, ist hingegen nicht zweckmäßig!

Gerhard Jäger ist seit mehr als 7 Jahren in der Drogenarbeit beim zö tätig.

Eine Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis wäre richtig und zeitgemäß, von einer Legalisierung kann aus medizinischer Sicht aber nur abgeraten werden.

1) Legale Suchtmittel wie Alkohol oder Nikotin verursachen jetzt schon massive medizinische Probleme. Im Falle einer Legalisierung von Cannabis wäre ein deutlicher Anstieg des Konsums und damit auch des Risikos für weitere Gesundheitsschäden zu erwarten.

2) Das Suchtrisiko von Cannabisprodukten wurde früher gering eingeschätzt. Man weiß heute, dass etwa 10% der regelmäßigen Cannabiskonsumanten abhängig werden.

3) Ebenso wurden Beeinträchtigungen der psychologischen Entwicklung Jugendlicher unterschätzt. Es mehren sich Hinweise, dass es u. a. zu Einschränkungen

im Leistungs- und Intelligenzbereich kommen kann. Auch eine Verringerung der Gehirnmasse (Hirnatrophie) wird beschrieben.

4) Wenn Jugendliche regelmäßig Cannabis konsumieren, steigt das Risiko, später an Depressionen oder Schizophrenie zu erkranken, um das bis zu Vierfache.

5) Der Grund dafür, dass es für die Punkte 2-4 erst seit etwa 10 Jahren deutliche Hinweise gibt, liegt darin, dass die meistgebrauchten Cannabisprodukte, Hashisch und Marihuana, heute einen viel höheren Gehalt der psychoaktiv wirksamen Substanz Tetrahydrocannabinol beinhalten, als dies früher der Fall war. Dementsprechend haben

sich das Risiko für Abhängigkeit und die Gesundheitsrisiken deutlich erhöht.

Wolfgang Fleischhacker leitet das Department für Psychiatrie/Psychotherapie an der Klinik Innsbruck.

CONTRA

Hundehalter unter die Lupe nehmen



Analyse

Von Brigitte Warenski

vermittelbar sind: Der Akita Inu mit großem Jagd- und Schutztrieb, bei dem es bereits einen Beißvorfall gegeben hat, der Husky-Mischling, der jahrelang an der Kette gehalten wurde. Um diesen Hunden und allen anderen Abgabeteilnehmern eine gründliche

Tierschutzverein für Tirol jährlich rund 1,3 Millionen Euro. Dass weder die öffentliche Hand noch jeder einzelne Tiroler – wie es Tierschutz-Obfrau Elisabeth Baldauf-Bracke gern hätte – für die gesamten Kosten aufkommen, ist verständlich. Um

sten, wären Präventivmaßnahmen um einiges sinnvoller. Dazu würde in erster Linie gehören, dass wie z. B. in Zürich angehende Hundehalter unter die Lupe genommen werden. Haben sie ausreichend Zeit für das Tier, stimmt die Wohnsituati-

lich machen. Nur so te sich die Spreu vom Wizen und es gibt die Hteerlaubnis nur für jene die auch Verantwortu für ein Tier übernehmen können. Damit sinkt wderum das Risiko, da derart viele Vierbeir im Tierheim landen, f